

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. möglich Valuta-Nachschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Werthe Straße 8-9.

Die wichtigsten Neuerscheinungen über den Kampf um die Weltmacht. Die wichtigsten Neuerscheinungen über den Kampf um die Weltmacht. Die wichtigsten Neuerscheinungen über den Kampf um die Weltmacht.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## An die Partei!

### Genossinnen!

### Genossen!

Trotzdem die deutsche Regierung ihre Neutralität gegenüber dem russisch-polnischen Krieg erklärt hat, werden von russischen Konterrevolutionären und ihren deutschen Gesinnungsfreunden Anwerbungen und Waffenschiedungen auf deutschem Boden fortgesetzt, um den bedrängten Polen zu Hilfe zu eilen, und den Kampf gegen Sowjetrußland, den Kampf gegen die revolutionären russischen Arbeiter und Bauern fortzusetzen.

Zugleich mit diesen dunklen Mächtschaften auf deutschem Boden rauft die Entente alle verfügbaren Kräfte zusammen, um den Zusammenbruch Polens aufzuhalten und noch einmal einen konterrevolutionären Wall gegen das siegreiche Sowjetrußland aufzuwerfen. Sie sucht auf diplomatischem Wege die Sowjetregierung zu einem Waffenstillstand mit Polen zu zwingen und bietet sich als Vermittlerin bei den Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland an. Gleichzeitig sucht sie aber, in krassem Widerspruch mit ihren angeblichen Friedensbemühungen, die militärische Macht Polens zu stärken. Hervorragende Armeeführer und Offiziere der Entente eilen nach dem polnischen Kriegsschauplatz, Mengen von Kriegsmaterial werden auf dem Wege über Danzig nach Polen geschickt und nach französischen Blättermeldungen sind 16 Divisionen als Hilfskorps für Polen mobilisiert und stehen zum Abmarsch bereit.

Trotz der strikten Neutralitätserklärung Deutschlands sind in den Ententeländern Bestrebungen im Gange, diese Neutralität zu zunichte zu machen und

### Deutschland in den russisch-polnischen Krieg hineinzuziehen

Es soll an die deutsche Regierung das Verlangen der Alliierten gerichtet werden, den Durchmarsch französischer Truppen durch deutsches Gebiet zu gestatten. Gleichzeitig droht Lloyd George im englischen Unterhause, daß den Polen eventuell die Waffen übermitteln werden, die Deutschland an die Entente abgeliefert hat. Auf diese Weise soll Deutschland zum Waffenlieferanten Polens, zum Sprungbrett der neuen militärischen Intervention der Entente, zum Verbündeten der konterrevolutionären Koalition gegen Sowjetrußland gemacht werden.

Das dürfen die deutschen Arbeiter nimmer geschehen lassen.

Die von Deutschland proklamierte deutsche Neutralität muß ungeachtet aller reaktionären Treibereien im Innern und aller Beeinflussung von außen her unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Deutschland darf nicht zum Vorgehänge des neuen Krieges werden.

### die heilige Allianz des Kapitals gegen Sowjetrußland

führt. Deutschland darf nicht zum Durchgangsland fremder Truppen und zum Waffenlieferanten Polens gegen Sowjetrußland werden.

Trotz der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung haben wir nicht das Vertrauen zu ihr, daß sie gegenüber den

innern und äußern Treibereien standhalten wird. Nur die deutschen Arbeiter können durch ihre tatkräftige Entschlossenheit die Gefahren bannen, die der Neutralität Deutschlands von allen Seiten drohen. Nur sie vermögen es zu verhindern, daß das deutsche Volk in den Krieg des Weltkapitals gegen Sowjetrußland hineingezogen wird.

### In diesen Tagen, die uns Entscheidungen von größter politischer Tragweite

bringen können, gilt es für die deutsche Arbeiterschaft, zu zeigen, daß sie nichts gemein hat mit den dunklen Mächtschaften, die von militaristischen Verschwörern in mannigfaltiger Maskierung getrieben werden. Es gilt zu zeigen, daß die deutschen Arbeiter aufs schärfste Front machen auch gegen alle Versuche, die deutsche Politik in den Dienst der europäischen Konterrevolution zu stellen und sie, wie das beispielsweise anlässlich der skandalösen Verhaftung der früheren ungarischen Volkskommissare Bela Kun und Barga so kraß zum Ausdruck kam, zur Handlangerin der weißen Henker zu machen. Es gilt schließlich zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse nichts unversucht lassen wird, um die Neutralität Deutschlands aufrecht zu erhalten und dadurch ihre

### Solidarität mit den kämpfenden und leidenden Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands

zum Ausdruck zu bringen.

### Genossinnen und Genossen!

Wir sind gewiß, daß Ihr Euch Eurer Verantwortung in dieser schicksalsschweren Stunde bewußt seid, und wenn es nötig sein sollte, entsprechend handeln werdet.

Um Eurem Willen und Eurer Entschlossenheit Ausdruck zu geben, veranstaltet schnellst überall Protestkundgebungen, in denen Ihr die Situation beleuchtet und die Massen des Proletariats zur Wachsamkeit und Kampfbereitschaft verpflichtet. Laßt Euch nicht einlassen durch offiziöse Beruhigungsnoten, laßt Euch auch nicht durch etwa beginnende Friedensverhandlungen im Osten über

### den ungeheuren Ernst der Situation

hinwegtäuschen. Nur in dem energischen Friedenskampf des westeuropäischen Proletariats, in der tatkräftigen Entschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse, die Neutralität Deutschlands unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, liegt die Gewähr dafür, daß die diplomatischen Winkelzüge der Entente gegen Sowjetrußland ebenso scheitern, wie die militärischen Operationen, die Polen als Mandatar der imperialistischen Weltreaktion gegen das rote Rußland eröffnet hat.

Nur durch diesen Kampf, der in wahrhaft internationalem Maßstab durchgeführt werden muß, kann es schließlich erreicht werden, daß wir zum Frieden mit Sowjetrußland gelangen, zu einem Frieden, der für den Wiederaufbau Europas auf sozialistischer Grundlage die notwendige Voraussetzung ist.

## Das Ende des polnischen Abenteurers

I. II. Warschau, 23. Juli.

Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, hat gestern die polnische Regierung nachgehende Note an die Sowjetregierung gesandt:

Die polnische Regierung hat die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß die Sowjetregierung in Beantwortung der Note der britischen Regierung vom 11. d. M. sich bereit erklärt hat, Friedensvorschläge entgegenzunehmen, sofern diese von ihr der polnischen Regierung überhandt werden. Die polnische Regierung schlägt, von dem Wunsche geleitet, so schnell wie möglich dem Unvergleich ein Ende zu machen und den Frieden wiederherzustellen, einen sofortigen Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen vor. Das Waffenstillstandsangebot ist gleichzeitig durch die Oberste Heeresleitung der polnischen Armee an die Oberste Heeresleitung der Sowjetarmee überhandt.

Das vorstehende Waffenstillstandsangebot der polnischen Regierung an Sowjetrußland ist von außerordentlicher politischer Tragweite. Es bedeutet das Eingeständnis der polnischen Machthaber, daß ihr militärisches Abenteuer gegen Rußland ein schmachvolles Fiasko erlitten hat und daß Polen gegenwärtig vor dem Zusammenbruch steht. Vergebens hatten die polnischen Bankrottäre vor einigen Tagen versucht, sich durch den Vermittlungsvorschlag der Entente aus der Schlinge zu ziehen und durch einen diplomatischen Druck über London und Paris die bevorstehende Katastrophe abzuwenden. Die Antwortnote der Sowjetregierung, in der diese die Vermittlung der Entente ablehnte und sich lediglich zu direkten Verhandlungen mit Polen bereit erklärte, hat diesen Versuch durchkreuzt. Und da gleichzeitig die erwartete militärische Hilfe von der Entente fast völlig ausblieb, blieb der polnischen Regierung nichts anderes übrig, als sich nun mit dem Ersuchen um einen sofortigen Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen an die Moskauer Regierung zu wenden.

Selten hat ein Irvöl vom Jaune gebrochene militärisches Abenteuer so schnell und so nachdrücklich seine Sühne gefunden, wie jetzt der Angriff Polens gegen Sowjetrußland und die Ukraine. Vor knapp drei Monaten begann bekanntlich die sorgfältig vorbereitete Offensive der polnischen Armeen gegen die Ukraine, die in kurzer Zeit zu beträchtlichen Erfolgen und zur Einnahme Kiwos führte. Um diesem Einbruch in die Ukraine den Anschein eines „Befreiungskrieges“ zu geben, hatten die Polen sich mit dem früheren Chef des jetzt ein Schattendasein führenden ukrainischen Direktoriums, dem politischen Hochstapler Petljura, verbündet, der die polnische Unterstützung durch die Freisgabe Ostgaliziens und den Verrat der Interessen der ukrainischen Bauern und Arbeiter erkaufte hatte. Doch dieses Bündnis zerbrach ebenso schnell wie die militärische Kraft der polnischen Armeen, die sich nicht nur den Truppen der russischen und ukrainischen Sowjetregierungen, sondern auch einer Bevölkerung gegenüberüberließen, die den polnischen „Befreier“ nur Haß und Verachtung entgegenbrachten.

Nach wenigen Wochen, die für die Umgruppierung der russischen Frontarmeen und die Heranziehung neuer Kräfte notwendig waren, begann an der gesamten russisch-polnischen Front, die sich von der Duna bis zum Dniester hinzog, ein immer stärker werdendes Vorbringen der russischen Streitkräfte. Zunächst wurde am nördlichen Teile der Front, in der Gegend von Polozk, ein heftiger Stoß gegen die polnische linke Flanke geführt, der einen beträchtlichen Teil der polnischen Kräfte von der ukrainischen Front ablenkte. Erst dann begann der russische Vormarsch an der ukrainischen Front, der sehr bald zur Räumung Kiwos und des gesamten besetzten Gebietes durch die Polen führte. Nun richteten sich die russischen Operationen gegen das Zentrum der polnischen Front, das sehr bald durchbrochen wurde. Vom Norden und vom Süden drangen nun die roten Armeen vor, denen die Polen nicht mehr ausreichenden Widerstand entgegensehen konnten. Sowohl an der ukrainischen wie an der galizischen Front mußten die Polen zurückweichen und immer mehr schloß sich die Kugel, die nicht nur die polnische Front mit einer Katastrophe bedrohte, sondern auch die Möglichkeit der Einnahme Warschus in greifbare Nähe rückte.

Während dieser Kämpfe hatte die polnische Regierung, die sehr schnell ihre imperialistischen Eroberungspläne zerflattern sah und nun um ihre eigene Existenz zu zittern anfing, einen Appell an das polnische Volk gerichtet, ihr bei der Verteidigung Polens beizustehen. Diesem Ruf sind nicht unbeträchtliche Mengen gefolgt, doch die neu gekammerten Kräfte vermochten das Verhängnis nicht aufzuhalten, das die polnischen Eroberer durch ihren trivialen Krieg selber heraufbeschworen hatten. Auch in Rußland hatte sich inzwischen, ebenso wie in der Ukraine, eine mächtige Welle der Volksbewegung erhoben, die sich gegen die polnischen Eroberer und Unterdrücker richtete und die militärischen Operationen der roten Armeen tatkräftig unterstützte. Dieser Bewegung ist es in nicht ge-



ringem Maße zuzuschreiben, daß die Sowjettruppen ihren Siegeszug gegen die Polen fast ohne Unterbrechung fortsetzen konnten, und daß die Moskauer Sowjetregierung in allen ihren militärischen und politischen Aktionen gegen Polen und die hinter ihm stehende Entente tatsächlich zum Sprachrohr des gesamten russischen und ukrainischen Volkes wurde.

Diese Tatsachen, verbunden mit der katastrophalen Niederlage der polnischen Armeen und dem Ausbleiben der Ententehilfe sind nicht ohne starke Rückwirkung auch in Polen geblieben. An Stelle der hochstehenden „nationalen Begeisterung“ der ersten Kriegswochen ist nun das graue Elend und die politische Ernüchterung das Kennzeichen der inneren Situation in Polen geworden. Es verlautet bereits, daß das polnische Kabinett zurückgetreten sei und daß eine neue Regierung gebildet werde, an der die polnischen Nationalsozialisten unter Führung Dąbrowski teilnehmen sollen. Die imperialistischen Bankrotteure versuchen also bereits, sich ihrer Verantwortung dadurch zu entziehen, daß sie hinter den Rücken der noch in manchen Volkskreisen populären Nationalsozialisten — die übrigens an dem militärischen Abenteuer Polens nicht unbeteiligt sind — Deckung suchen. Anscheinend wird auf diesem Wege versucht werden, die Empörung der irreführten Volksmassen zu beschwichtigen und eine günstigere Lage für die Friedensverhandlungen herbeizuführen. Nach den bisherigen Verlautbarungen der Moskauer Sowjetregierung ist anzunehmen, daß sie sich dem Waffenstillstandsgebot der polnischen Regierung nicht ablehnend gegenüberstellen wird. Voraussetzung wird natürlich sein, daß sowohl von Seiten Polens, wie von Seiten der Entente alle Maßnahmen unterbleiben, die den Waffenstillstand zur Sammlung neuer Kräfte und zur Ausrichtung einer neuen Front ausnützen sollen. Jeder Versuch in dieser Richtung würde zweifelsohne zur Wiederaufnahme des russischen Vormarsches und zur völligen Zertrümmerung Polens führen.

Schon aus diesem Grunde kann den Machthabern der Entente nur angeraten werden, ihre militärische Unterstützungsfaktion einzustellen und alle Maßnahmen zu unterlassen, die bei der russischen Sowjetregierung den Anschein erwecken könnten, daß der polnische Waffenstillstand nur eine betrügerische Finte sei. Die Polen jedoch werden im eigenen Interesse gut tun, sich nicht auf die prahlerischen Versprechungen der Pariser Boulevardpresse zu verlassen, sondern den Weg eines aufrichtigen ehrlichen Friedens zu beschreiten, zu dem sich die Sowjetregierung schon seit Monaten bereit erklärt hat. Beschreitet die neue polnische Regierung diesen Weg nicht, so wird sie von dem Sturm der Ereignisse fortgesetzt werden, der durch den weiteren Fortgang der militärischen Operationen heraufbeschworen werden wird.

## Englische Waffen für Polen Deutsche Arbeiter, gebt acht!

Dresden, 23. Juli.

In der heutigen Sitzung der Volkskammer teilte bei der Staatsberatung der Abgeordnete Lipinski (Ansb.) mit, daß am Donnerstag nachmittag ein Eisenbahnzug mit Gefangenen in Dresden angekommen sei. Diese angeblichen Gefangenen seien in neue englische Infanterie-Uniformen gekleidet und bewaffnet gewesen, auch Munitionswagen habe der Zug geführt. Ein zweiter Zug sei schon am Mittag von Hamburg kommend in Dresden eingelaufen und sei ebenfalls mit uniformierten, bewaffneten englischen Soldaten besetzt gewesen. Die Züge seien als Lebensmittelzüge deklariert gewesen. Es handele sich offenbar um einen Versuch der deutschen Neutralität. Die Soldaten hätten unverweilt entwaffnet und interniert werden müssen.

Ministerpräsident Brüel erwiderte, er habe am Donnerstag ein Telegramm aus Berlin erhalten, worin um den Durchtransport tschechischer Gefangener aus Rußland, die zu Schiff nach Hamburg gelangt seien, gebeten wurde. Im ganzen seien drei Züge durch Dresden gekommen. Nach Ansicht der Regierung dürften Tschachen in den Zügen gewesen sein, da mit ihnen in ihrer Muttersprache gesprochen wurde. Ob noch andere Ausländer in den Zügen waren, sei nicht bekannt. Auffallend sei, daß die Truppen neu eingekleidet und bewaffnet waren. Sollte es sich um englische Soldaten handeln, die nach Polen gelangen wollten, so wäre dies eine Gewaltanwendung gegen Deutschland, und die Eisenbahner würden in diesem Falle die Transporte unzulässig zu machen wissen.

## Die deutschen Maßnahmen

Königsberg, 23. Juli.

Dem Oberpräsidium wird uns zur näheren Lage in der Provinz berichtet: Der Stoß der bolschewistischen Truppen fiel nach allen hier vorliegenden Nachrichten auf Warschau. Es ist unwahrscheinlich, daß Truppenabteilungen zum Zwecke eines Angriffs auf Ostpreußen hätten. Diese Möglichkeit wird aber dauernd im Auge behalten und scharf beobachtet. Ebenso wird die Möglichkeit des Uebertrittes abgeschwächter polnischer Truppenteile aus ostpreussischen Gebiet in Rechnung gezogen. Auch für den Fall des Eintreffens von Flüchtlingen ist gesorgt. Erwährt werden die ostpreussischen Abwehrmaßnahmen dadurch, daß über das Abstammungsgebiet die Internationalisierte Kommission das Recht der Staatshoheit ausübt. Eine Genehmigung zum Einmarsch deutscher Truppen in das Abstammungsgebiet, die beantragt ist, ist noch nicht erteilt. Inzwischen übernimmt dort die Sicherheitspolizei, die im Abstammungsgebiet verhältnismäßig stark ist, und die im Augenblick noch verstärkt wird, den Grenzschutz. Da sie über eine Anzahl berittener Hundertschaften verfügt, ist sie imstande, den ersten notwendigen Schutz zu gewähren, falls Uebergriffe erfolgen. Reichswehr ist bereit und wird noch im Augenblick so verlegt, daß sie in der Nähe der gefährdeten Stellen konzentriert bleiben, um bei Grenzverletzungen sofort vorgeworfen werden zu können. Weitere Maßnahmen sind im Gange.

## Ausnahmezustand in Ostpreußen

Wie die „P. P. N.“ hören, plant die Reichsregierung, über Ostpreußen wieder den Belagerungszustand zu verhängen. Zweck der Maßregel ist lediglich die Sicherung der Neutralität und die Durchführung des Grenzschutzes gegenüber den nach Ostpreußen herangerückten Kampfparteien. Mit den Tatiarenmeldungen über Bildung einer Roten Armee in Ostpreußen oder sonstigen innerpolitischen Gründen soll die Verhängung des Belagerungszustandes nichts zu tun haben.

Eine deutsch-nationale Klage. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 22. Juli wird behauptet, daß der Vorkrieg, der die französische Trilokale am 14. Juli von der französischen Vorkriegs heruntergeholt hat, Mitglied der U. S. P. D. sei. Das ist eine Klage. Die Mitglieder des Ortsvereins Stieglitz weisen kein Mitglied mit Namen Kraginski auf.

Vertagung der russisch-finnischen Verhandlungen. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die bolschewistischen Verhandlungen mit Finnland auf unbestimmte Zeit verschoben haben. Die bolschewistische Delegation hat sich nach Riga begeben, um mit den Letten zu verhandeln.

## Der russisch-polnische Krieg Vor der Entscheidungsschlacht

D. V. Allenstein, 22. Juli.

In den Wäldern von Augustow, in denen sich während des Weltkrieges schwere deutsch-russische Kämpfe abspielten, scheint die Entscheidungsschlacht zwischen Polen und Russen begonnen zu haben. Der Geschützdonner ist hin und wieder an der ostpreussischen Grenze deutlich hörbar. Ueber zwanzig neue Sowjetdivisionen sollen in die Kämpfe bereits eingegriffen haben. Die Polen haben Suwalki und Augustow geräumt. Unkontrollierbaren Gerüchten nach sollen die Polen neuerdings die Sowjetregierung durch Funkpruch um Waffenruhe gebeten haben. Der frühere österreichische General Kusmanek, der Verteidiger von Przemyśl, soll die Führung der 12 russischen Sowjetarmee übernommen haben. Ostpreußen ist ruhig, obwohl polnische Marodeure und russische Patrouillen an der Grenze bereits gesichtet worden sind. Weiter südlich sollen die Roten Truppen Bielestok besetzt haben.

## Der englische Helfershelfer

Nach einer Meldung aus London verlautet in englischen militärischen Kreisen, daß die Entente vor allem dem General Braugel Truppen und Kriegsmaterial zur Verfügung stellen wird, um ihm zu ermöglichen, einen Angriff in die Südpolarküste der bolschewistischen Truppen zu eröffnen und dadurch die Polen zu entlasten. Wie verlautet, haben sich die Alliierten deshalb zu diesem Wege entschlossen, weil sie es für leichter halten, aus der Türkei und Kleinasien Truppen nach der Arktis zu entsenden, als solche auf dem Seewege nach Polen zu transportieren.

## Rumänien verhält sich passiv

Nach einer Meldung aus Bukarest herrscht in rumänischen parlamentarischen Kreisen eine sehr reservierte Haltung bezüglich einer Mitwirkung im Kampfe gegen Räterußland. Selbst

## Protestkundgebungen gegen die Auslieferung Bela Rhuns.

Heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, findet im Lustgarten

eine Massenkundgebung gegen die Verhaftung und geforderte Auslieferung Bela Rhuns, Vargas und anderer Kommunisten an die ungarische Henkerregierung statt. Das Berliner Proletariat muß seinen Willen dagegen bekunden, daß politische Flüchtlinge den ungarischen Mördern ausgeliefert werden oder in die blutbestreuten Hände deutscher Weißgardisten gelangen.

Referenten: Breitscheid, Ledebour, Lampe, Linde, Rabold, Sabath, Stein, Luise Zieg. Arbeiter, Parteigenossen, erscheint in Massen! Bezirksverband U. S. P. D. Berlin-Brandenburg.

Ministerpräsident Averescu, der früher für ein unmittelbares Zusammenarbeiten mit Polen war, hat seine Haltung geändert und erklärt, daß Rumänien sich nur dann in den Krieg einmengen dürfe, wenn es von Rußland angegriffen werden sollte.

## Entente-Ultimatum an Rußland?

D. V. Mailand, 22. Juli.

Wie der „Secolo“ meldet, haben die Alliierten an die Sowjetregierung ein auf 5 Tage befristetes Ultimatum zur Einstellung der Feindseligkeiten auf polnischen Gebiet gerichtet. Ein hartes englisches Kriegsschiffswader hat am Mittwoch die Ostsee passiert. Die Flotte fuhr nach Riga.

## Ein nationales Koalitionskabinett

Paris, 23. Juli.

Nach einer Havasmeldung aus Warschau ist dort ein nationales Koalitionskabinett gebildet worden. Den Vorsitz hat Nitos (Volkspartei). Vizepräsident ist der Sozialist Daszynski. Prinz Sacieha behält das Ministerium des Auswärtigen.

## Ein englisch-russischer Konflikt

London, 23. Juli.

Nach dem „Daily Herald“ ist der Bolschewist Murtow, der ausgewiesen worden war, in Harwich zurückgehalten worden. In einem Moskauer Funkpruch, der von „Daily Chronicle“ veröffentlicht wird, droht man mit scharfen Gegenmaßnahmen, falls Murtow von England an Finnland ausgeliefert werden sollte, wo er zum Tode verurteilt worden war. Moskau würde dann an den, in seiner Hand befindlichen englischen Offizieren Rache nehmen.

## Der deutsch-russische Gefangenen- austausch

Vorstellungen bei der russischen Vertretung

Berlin, 23. Juli.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Austausch der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland mit den Kriegsgefangenen in Rußland vollzieht sich planmäßig. Bisher sind rund 22000 Russen gegen 6000 Deutsche und 10000 Angehörige der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Seewege ausgetauscht. Die Tatsache, daß bisher keine regulären Transporte aus Sibirien eingetroffen sind, hat die deutsche Regierung veranlaßt, bei dem hiesigen Vertreter der Sowjet-

regierung in Kriegsgefangenen-Angelegenheiten nachdrücklich Vorstellung zu erheben, da eine Sicherstellung der Heimtransporte aus Sibirien vor Eintreten des Winters unter allen Umständen erreicht werden muß. Der Sowjetvertreter, Herr Viktor Kopp, hat sich veranlaßt gesehen, sich selbst nach Moskau zu begeben, um den berechtigten Forderungen der deutschen Regierung Geltung zu verschaffen.

## Millerand im Senat

Paris, 23. Juli.

Der französische Senat begann heute mittag die Beratung des Budgets des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten. Ministerpräsident Millerand ergriff das Wort, um sich in erster Linie über die Verhandlungen von Spaas auszusprechen. Seine Erklärungen decken sich inhaltlich mit dem, was er am Dienstag in der Kammer gesagt hat. Er kam auf die Ernennung Charles Laurents zum Botschafter in Berlin zu sprechen und sprach, außer den besonderen Eigenschaften, von denen Laurent in seinen hohen Stellenungen Beweise erbracht habe, habe es ihm erschienen, daß er die Politik charakterisiere, die man in Deutschland verfolgen wolle, und die eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei. Aus diesem Grunde sei auch die Entlastung in Spaas an erster Stelle behandelt worden. Weiterum erklärte Millerand es sei ein Verstum, zu äußern, daß er wünsche, weitere Teile von Deutschland besetzen lassen zu können. Niemand habe die Hoffnung mehr als er, daß diese Möglichkeit nicht eintrete.

Die Frage der deutschen Entschädigung habe man in Spaas nicht erörtern können, es seien jedoch einige allgemeine Gründe für festzustellen. Die Alliierten hätten zu einem gemeinsamen Moment die Verhandlungen bei der Konferenz unterbrechen müssen wegen der tschechischen (!) Vorwürfe Deutschlands. Sie hätten die Morshälle Koch und Mison berufen und die Coentualität einer Besetzung ins Auge gefaßt. Um der Operation jeden Schein der Spionage zu nehmen, sei bei der Kohlenfrage der Kohlenpreis erhöht worden. Millerand spricht also dann über die Kontrolle, die bei den Kohlenlieferungen angeführt werden soll und erklärt, gewiß habe man eine finanzielle Post auf sich genommen, aber man habe das getan, um zu dem Ergebnis der Herabsetzung des Kohlenpreises zu kommen, und um die Deutung des Kohlenpreises für Frankreich auf 80 Prozent des früheren Bedarfs zu erhöhen.

Zum Schluß spricht der Ministerpräsident von der Lage in Polen. In Spaas habe der polnische Ministerpräsident um Hilfe gebeten. Der englische Ministerpräsident habe deshalb die Sowjetregierung um einen Waffenstillstand und um Beilegung einer Konferenz in London gebeten. Die Alliierten hätten, wenn die englische Regierung nicht die Annahme ihres Vorschlages erlangt, beschlossen, Polen zu Hilfe zu kommen. Zwei Millionen seien unterwegs, um an Ort und Stelle Gebühungen anzustellen, damit eine genaue Auskunft über die Lage geachtet werden könne, und damit man mit allen Kräften die polnische Regierung unterstützen könne. Außerdem sollten die Missionen auch feststellen, welche Hilfe das polnische Heer verlaßt. Die Alliierten seien entschlossen, das Mögliche und Unmögliche zu tun, um ihren Verbündeten zu Hilfe zu kommen. Zeit sei keine Zeit, Vorwürfe zu machen, Polen erwarte von Frankreich anderes. Er könne die Versicherung geben, es werde nicht vergeblich warten.

## Die Entwaffnung

Berlin, 23. Juli.

Im Reichsministerium des Innern fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern noch eine Besprechung der Vertreter aller Länder statt über Durchführung der in der Abmachung von Spaas geforderten Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß das Reich selbst die Entwaffnung durchführen und daß alles geschehen müsse, um die Waffen restlos zu erfassen und auf die Bewaffnung herauszubringen.

Ein Geschehenwurf des Reichsministeriums des Innern lag bereits vor; er wird wohl nächster Tage dem Kabinett zur Beschlußfassung gehen und alsdann den Reichstag, sobald nach seinem Zusammentritt, beschließen.

Wir hoffen, daß aus der Entwaffnungsaktion kein Sunnenzug gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft wird. Die versteckten Waffen befinden sich ausschließlich bei der reaktionären Bourgeoisie, der sie mit Hilfe Heines, Roskes und der konterrevolutionären Offiziere geliefert worden sind. Die Entwaffnungsaktion muß vor allem bei den großen Gütern einsehen. Dort haben die Mittelsmänner der Reichswehr nicht nur Handfeuerwaffen und Munition, sondern auch Geschütze, Minenwerfer und Flugzeuge untergebracht. Alle versteckten Waffen stammen aus den Beständen der Reichswehr. Da die Schließungen auch jetzt noch vorgenommen werden, sollten die Herren Gehler und Seede sich einmal etwas gründlicher in ihrem Ressort umsehen. Sie könnten sonst leicht in den Verdacht kommen, daß die Waffen mit ihrem Willen verschoben werden.

## Das reaktionäre Bayern

Die bayerischen Genossen Kieck, Hagemeister, Saube und Schmidt, die wegen ihrer Tätigkeit in der Münchener Räterepublik zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren und jetzt ihre Strafen auf Festung verbüßen, sind in den bayerischen Landtag gewählt worden. Dieser hatte sich nunmehr mit dem Antrage unserer Landtagsfraktion auf Haftentlassung ihrer inhaftierten Mitglieder zu befassen, damit sie ihre Mandate ausüben könnten. Da sie keine ehrenrührigen Handlungen begünstigt waren — das beweist schon ihre Verurteilung zu Festungshaft — hätte man annehmen sollen, das bayerische Landesparlament würde dem Antrag unserer Genossen ohne weiteres zugestimmt haben. Aber weit gefehlt: die bayerischen Reaktionäre, die über die Mehrheit im Landtage verfügen, lehnten den Antrag ab. Nur die Sozialisten erhoben sich dafür.

Die Ablehnung des Antrages hat bei der Arbeiterschaft große Erbitterung ausgelöst. Die gewählten Genossen werden durch die Haltung der Reaktionäre ganz einfach an der Ausübung ihres Mandats verhindert. Die Wähler, die ihnen das Vertrauen schenken, bleiben im Landtag ohne Vertretung. Die U. S. P. D. München hat sich am Donnerstagabend in mehreren großen Versammlungen mit dem Beschluß des Landtags befaßt. Es wurde beschlossen, einen 24stündigen Generalkstreik zu proklamieren, wenn der reaktionäre bayerische Landtag seine Haltung nicht ändern sollte. Mit den Vorarbeiten wurde eine siebenköpfige Kommission betraut.

Die Reaktion macht inzwischen weitere Fortschritte. Gegen den Genossen Liening und zwei anderen Genossen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie in einer angeblichen „Geheimtätigkeit“ für den Generalkstreik eingetreten sein sollten. Die Denunziation erfolgte durch einen Späher, der öffentlich in der Verhandlung, die am 29. Juli stattfinden soll, gründlich entlarvt wird.



# Die Einwohnerwehr mobilisiert

## Gründung einer G. m. b. H.

Auch in Berlin denkt die Einwohnerwehr nicht daran, sich auflösen zu lassen. Sie ist noch in dem Besitz fast sämtlicher Waffen, außerdem stehen ihr durch die guten Beziehungen, die sie zur Reichswehr unterhält, jederzeit die Waffendepots zur Verfügung. Um nach außen keinen Anstoß zu erregen, hat die Einwohnerwehr dem Schein nach ihren Namen gewechselt. Auf Grund bestimmter Anweisungen einer Zentralkommission wird die Umorganisation in den letzten Wochen fieberhaft betrieben. Von einigen Bezirken haben wir darüber bereits unumstößliches Beweismaterial veröffentlicht. Die Behörden schweigen. Heute können wir mit neuen Tatsachen aufwarten. Am 14. Juli wurde folgendes vertrauliche Schreiben verschickt:

Vertraulich. Berlin, den 14. Juli 1920.

Sehr geehrter Herr!

Die Mitglieder der ehemaligen Einwohnerwehr von Berlin und dessen Vororten haben sich in anderer Form und unter anderem Namen wieder zusammengeschlossen, um in Zeiten der Gefahr ihr Eigentum, sowie das ihrer Mitbürger vor Plünderern und Verbrechern zu schützen.

Nur unter dieser Bedingung hat sich, da ihm die Führung fehlte, bis jetzt dem Zusammenschluß ferngehalten, trotzdem ein markiges Zusammenhalten sehr mehr denn je von Nutzen ist. Um über unseren gemeinsamen Uebertritt in die neue Vereinigung zu berichten, bitte ich Sie, unserem Rufe Folge zu leisten und beizustimmen am:

Montag, den 19. Juli 1920, abends 8 Uhr, im Restaurant Flora, Veste-Allianz-Straße 22 (Eingang vom Hof)

zu erscheinen, wo Ihnen alles weitere bekanntgegeben wird.

Keiner darf fehlen!

da es dem Schutze unserer Familien und unseres Eigentums gilt.

E. U.  
Erich Feldmüller,  
Gneisenaustr. 92.

Sämtliche Einladungen dieser Art sind mit dem Dienstempel der Einwohnerwehr und mit einer Dienstablosungsmarke versehen, das heißt: portofrei befördert werden. Die neue Einwohnerwehr heißt nunmehr „Berliner Selbstschutz e. G. m. b. H.“. Die Satzungen sind, um Deckung zu haben, harmloser Natur. Es heißt darin u. a.:

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist: a) Schutz von Hab und Gut durch Errichtung eines Wachtwehens, b) Annahme von Sparanlagen und Gewährung von Darlehen, c) Verschaffung von Vergünstigungen beim Abschluß von Versicherungs- und anderen Verträgen.

Die Geschäftsordnung über den gesamten Geschäftsbetrieb und die nach Bedürfnis erforderlichen besonderen Bestimmungen für jeden einzelnen Geschäftszweig werden vom Vorstand aufgestellt. Sie bedürfen der Genehmigung des Aufsichtsrates.

§ 3.

Der Geschäftsanteil eines jeden Genossen wird auf 20 M. festgesetzt. Ein Genosse darf nicht mehr als 500 Geschäftsanteile erwerben. Der Geschäftsanteil muß in einer Summe eingezahlt werden. Die auf die Geschäftsanteile geleisteten Einzahlungen zuzüglich des zugeschriebenen Gewinns und abzüglich eines abgeschriebenem Verlustes bilden das Geschäftsguthaben eines Genossen. Das Geschäftsguthaben darf, solange der Genosse nicht ausgeschieden, von der Genossenschaft nicht zurückgezahlt und von dem Genossen weder abgetreten noch verpfändet werden.

§ 5.

Die Mitgliedschaft können erwerben: a) Einwohner der Stadt Berlin und Vororte, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, b) juristische Personen.

Den Mitgliedern wird ein besonderer Verpflichtungsschein ausgehändigt, nach dessen Unterschrift die Mitgliedschaft als vollzogen gilt. Die Gründer sind deutschnationale Größen und konspirierende Militärs. Nur politisch zuverlässige Leute werden in die G. m. b. H. aufgenommen. Alle bisherigen Besprechungen waren streng vertraulicher Natur. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, aus einer Sitzung folgende Tatsachen mitzuteilen:

Herr Feldmüller eröffnete die von 28 Personen besuchte Versammlung und führte etwa folgendes aus:

Herr Hauptmann Krausneck sei mit der Bitte an ihn heranzutreten, im Bezirk „Hallesches Tor“ den „Berliner Selbstschutz“ ins Leben zu rufen. Er habe die Sache eingehend geprüft und könne sie nur dringend empfehlen.

„Sie wissen, daß die Sicherheitspolizei aufgelöst wird und somit Eile am Platze ist. Im übrigen funktioniert der Selbstschutz schon, auch in der Hasenheide. Man ist in letzterer bei den Einladungen ebenso vorsichtig als Werk gegangen, wie hier, indem man alle diejenigen, die in den Märztagen nicht mitgemacht haben, nicht eingeladen hat; denn den Deutschen meinen wir keine Traue nach.“

Darauf erfolgten Mitteilungen über Abzeichen und Aufnahmegebühren; darauf fuhr der Redner fort:

„Wir müssen zuerst einen Ausschuss wählen, der die Verhältnisse des einzelnen nach allen Richtungen gründlich prüft, damit wir genau wissen, ob derselbe aufgenommen werden kann.“

In der nach der Vorabendwahl erfolgenden Diskussion wurde eine Anfrage gestellt, in der darauf hingewiesen wurde, daß der Selbstschutz doch aus Zivilpersonen bestehe; ob es nicht möglich sei, mit den Behörden in Konflikt zu kommen? Hauptmann Krausneck gab darauf die beruhigende Antwort, daß sie als Hilfspolizeibeamten betrachtet werden sollten, und daß diese Angelegenheit „in unserem Sinne“ Erledigung finden werde. Er fuhr fort:

„Nurherdem ist die Sache nicht so schlimm. Man könnte im Höchstfalle wegen verbotenen Waffentragens gefaßt werden, und das behält selbstverständlich die Genossenschaft.“

Auf die Frage wie es mit Braunkohle stehe, wurde erwidert, diese seien zu teuer, und Herr Hauptmann Krausneck könne durch das Kreisamt genügend Waffen zur Verfügung stellen. Weiter wurde der Antrag gestellt, die Geschäfte, die häufig zahllos, zu schließen, und den „Schweinepriestern, die nicht zählten“, den Saug zu entziehen. Der Antrag wurde mit Beifall aufgenommen. Weiter sprach der Vorredner Feldmüller — im Anschluß an einen „Freiheit“-Artikel — von „Bad, das umgefallen sei“ und von „Gefühl, dem man bei Gelegenheit auf die Finger klopfen werde“, und fuhr fort:

„Wir wollen die Sache vorläufig streng geheim halten, damit nichts in die Öffentlichkeit kommt. Der Ausschuss kann inzwischen Umchau halten, wen wir noch einladen könnten. Ich werde die Einladungen so halten, daß selbst, wenn eine Verleumdung gehen sollte, nicht daraus ersichtlich wird, was sie bedeuten soll. Ich werde jetzt die gesamte Liste der ehemaligen Einwohnerwehr zur Verlesung bringen, und Sie können durch Zurufe beknäueln, wer gestrichen werden soll.“

Der frühere Vorsitzende der Einwohnerwehr, Löffler (S. F. D.) wird sofort gestrichen. Bei weiteren Mitgliedern, die teils Arbeiter, teils Abteilungsleiter der sozialdemokratischen Abteilung sind, wurde särmlich „Reichen, Reichen“ dazwischen gerufen.

Hierzu können wir noch ergänzend mitteilen, daß in der Sitzung behauptet wurde, die Umbildung geschehe auf Grund eines Erlasses des Preussischen Ministers des Innern vom 17. Juni 1920. Herr Severing wird sich dazu schnellstens äußern müssen. Wir haben ein großes Interesse, den Erlass schnellstens kennen zu lernen. Weiter stellen wir fest, daß auch die Zeitfreiwilligen eine neue Organisation gebildet haben: den Sportklub „Olympia“. Dieser hält jeden Donnerstag von 4 Uhr ab in der Hasenheide, Stand 28—30, Uebungsübungen ab unter der Leitung eines Oberleutnants und anderen Offizieren. Die Uebungswaffen, sechs Karabiner 08, befinden sich in Verwahrung eines Wachtmeisters der Siderheitspolizei. Außerdem sind vor einigen Tagen bei der Firma Adam Opel, Schöneberg, 15 neue Tanks, einstweilen noch ohne Panzerung, aber fahrfähig, eingefahren. Die Tanks sind für Zeitfreiwillige bestimmt, und zwar ausschließlich für Angehörige der Koburger Landmannschaft, die bereits die Bedienungsmannschaften bereitgestellt hat. In den westlichen Vororten hat sich ein „Deutschnationales Hilfscorps, Germanischer Stoßtrupp“, gebildet. Die ganze Bewegung ist zentralisiert und hat auch in der Provinz festen Boden gefaßt.

Weiß die Regierung, die bisher auf jedes Spinnmädchen hereingefallen ist, was diese Tatsachen zu bedeuten haben?

zu weit, wenn wir sagen, daß das flüchtende Mitglied zum Reichsrat, das diesen Bericht für seine vorgesetzte Behörde anfertigte, durchaus fähig war, die einzelnen Redner, wenn auch gefälscht, so doch sachgemäß zu protokollieren und daß ihm vor allem jede Tendenz und entstellende Absicht ferngelegen hat. Des Bericht hat also zweifellos den Wert eines Dokuments, so unangenehm das Herrn Schulz auch sein mag.

Herr Schulz wußte dann mit einigen nichtsozialdemokratischen Söhnen, aus denen seine totale Verlegenheit spricht, sein angebliches Verhalten in den Kapptagen; er habe dem Kappunternehmen ein schnelles Ende bereiten wollen, habe jeden Versuch zu Verhandlungen abgelehnt, habe militärisches Vorgehen gegen die Arbeitererschaft zu verhindern versucht und eine einheitliche Aktion der Berliner Arbeitererschaft gefördert. Die erste Absicht, Kapp und Lüdtwig so schnell wie möglich zu Fall zu bringen, wollen wir Herrn Schulz nicht streitig machen, darin war er einig mit Herrn Schiffer, der mit den Kappoffizieren die intimsten Verbindungen unterhielt. Aber alle weiteren Behauptungen sind leere Phrasen. Nach dem uns vorliegenden Bericht hat er nicht den leisesten Versuch gemacht, die Verhandlungen mit den Kappoffizieren zu verhindern. Der einzige im Reichsrat anwesende Rechtssozialist, der sich einer korrekten und im Arbeiterinteresse liegenden Haltung befleißigte, war Unterstaatssekretär Gähre, der wiederholt im Antrage seiner Parteigenossen jede Verhandlung mit Kapp ablehnte, während Herr Schildenbrand aus Stuttgart offen dazu aufforderte, zu Lubendorf zu gehen und ihn anzufordern, alles wieder gutzumachen. Nimmt man dazu die antibolschewistische Hingepunkte Südekums, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die rechtssozialistischen Minister und Unterstaatssekretäre keine geschlossene Haltung einnahmen, sondern jeder nach ihnen Politik auf eigene Faust trieb.

Am tollsten ist die Behauptung von Schulz, daß er „einen Unterschied zwischen sozialdemokratischen, unabhängigen und kommunistischen Arbeitern nicht gemacht habe“, er habe vielmehr eine einheitliche Aktion der Arbeitererschaft gefördert. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle seine in dem Bericht vermerkten Reden der Absicht und die Furcht vor „Spartakisten“ und „Vollschweiß“, zu denen er bis zum 17. März auch die Unabhängigen Sozialdemokraten rechnete. Und was Schulz noch jehmal von „blühender Phantasie oder bösem Willen“ schreiben, er wird es nicht aus der Welt schaffen können, daß er sich in der Nacht vom 16. zum 17. März unter dem Einfluß des von den Kappoffizieren inszenierten Spats bereit erklärte, die rechtssozialistischen Arbeiter zu isolieren und den militärischen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat zu dulden; die Rechtssozialisten hätten, wenn der Angriff des Proletariats eingetreten wäre, dieselbe verächtlich-erbarmliche Rolle gespielt, wie im Januar und März 1919.

Im übrigen hat selbst die inhaltliche Erklärung des Herrn Schulz den „Vorwärts“ die Sprache zu der Frage noch nicht finden lassen; er drückt sie ab, ohne ein Wort des Kommentars hinzuzufügen.

## Neutralität und „Rote Fahne“

Ein Unabhängiger kann schreiben, was er will und wie er will, er wird niemals Gnade vor den Augen der „Roten Fahne“ finden.

Am Donnerstag hat sich Genosse Breitscheid in der „Freiheit“ über die deutsche Neutralität verbreitet. Er betonte die Notwendigkeit, daß die deutsche Regierung sich mit allem Nachdruck etwaigen Truppendurchmärschen und Munitionstransporten, die der Unterstützung der Polen dienen sollten, zu widersetzen habe, fügte aber hinzu, daß Deutschland nicht in der Lage sein werde, sich mit bewaffneter Hand gegen solche Veruche zu wehren, und deshalb die amtliche Neutralität ihre Ergänzung finden müsse in der Haltung der deutschen Arbeiterschaft, die den Boykott über die Entente zu verhängen und alle Mittel anzuwenden habe, um den Transport von Munition und Truppen durch Deutschland zu erschweren.

Die „Rote Fahne“ behauptet, diese Ausführungen bauten die Regierung eine Brücke zur Aufgabe ihrer Neutralität. Sie versichert, die deutschen Arbeiter würden nicht zugeben, wie sie in konterrevolutionäre Abenteuer gegen ihre russischen Brüder geführt würden und sich nicht darauf beschränken, die Anschläge des internationalen Kapitalismus gegen Sowjetrußland zu „erschweren“. Das deutsche Proletariat ist nicht wie Breitscheid bereit, sich nach jartem Sträuben vom Ententekapital mißbrauchen zu lassen, wohl aber ist es bereit, seine Solidarität mit dem kämpfenden russischen Proletariat durch die Tat zu beweisen.

Wir fragen, wo in dem Artikel der „Freiheit“ von einer Freiwilligkeit, sich vom Ententekapital mißbrauchen zu lassen, die Rede ist? Es wird ausdrücklich das Mittel aufgezeigt, mit dem das deutsche Proletariat den Versuch eines solchen Mißbrauches abwehren kann. Welche anderen Mittel bringt die „Rote Fahne“ in Vorschlag? Sie spricht von der Solidarität, die „durch die Tat“ bewiesen werden solle. Wenn das nicht nur eine Phrase ist, so wünschen wir zu wissen, was unter der „Tat“ verstanden werden soll. Verlangt die „Rote Fahne“, daß Deutschland der Entente den Krieg erklärt? Verlangt sie, daß deutsche Arbeiter auf eigene Faust sich den französischen und englischen Truppen mit ein paar Flinten und vielleicht ein paar Maschinengewehren entgegenstellen? Es ist wirklich notwendig, daß sie sich klarer ausdrückt, wenn nicht der Verdacht erweckt werden soll, daß sie auch in diesem Falle wieder einzig und allein den Zweck verfolgt, Mitglieder der U. S. P., die nach der unmaßgeblichen Meinung der Kommunisten dem sogenannten rechten Flügel der Partei angehören, durch allgemeine Redensarten bei den Massen in Mißkredit zu bringen.

## Der Mittelstandkanal

Genosse Kunert hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt: Der preussischen Landesversammlung ist eine Vorlage über die Erbauung des Mittelstandkanals auf der Grundlage der sogenannten Mittellinie — ohne Verbindungsanal zur Saale — zugegangen. Die Südlinie ist bei dem Projekt unberücksichtigt geblieben. Das mitteldeutsche Industriegebiet wird damit ignoriert und die Kanalfrage als eine spezifisch preussische Angelegenheit behandelt. Nun sind aber daran Sachsen, Anhalt, Thüringen, Braunschweig, Oldenburg und Bremen außerordentlich interessiert. Daher muß eine Entscheidung durch das Reich und durch den Reichstag in dieser reichsdeutschen Angelegenheit erwartet werden.

Welche Stellung zu dieser Sache nimmt im allgemeinen und zu der Vinführung des Mittelstandkanals im besonderen die Reichsregierung ein? Ist die Reichsregierung in der Lage, über diese für ganz Mitteldeutschland wichtige Verkehrsfrage Aufschluß zu geben?

## Zusammenstöße in Allenstein

Allenstein, 23. Juli.

Heute morgen gegen 9 Uhr überfuhr das Automobil des polnischen Generalkonsuls Hürken Czartowski, das sich auf dem Wege von Warschau nach Allenstein befand, in der Höhensteiner Straße, gegenüber der Kreiskrankenanstalt, drei Kinder im Alter von 12, 10 und 4 Jahren und verletzte sie schwer. Im Automobil fanden sich neben Czartowski und Guminianupeln auch acht Flaschen Kognak, die zum Teil geleert waren. Anscheinend hat der betrunkene Kraftwagenführer die Gewalt über den Wagen verloren. Die Vollstreckung ergriff die drei Insassen des Autos, darunter den aus Allenstein stammenden Dr. von Langowst, und verpöbelte sie. Die drei Polen, einschließlich des Kraftwagenführers, wurden in Haft genommen. Die Erregung der Bevölkerung ist außerordentlich groß. Noch im Laufe des Vormittags sammelte sich vor dem polnischen Hauptquartier eine große Menschenmenge an die eine drohende Haltung annahm. Sicherheitspolizei ist zum Schutze ausgerückt.

## Konferenz über die Kohlenförderung

Die Reichsregierung hatte die Führer der Bergarbeiterorganisationen und die Vertreter der Zechenbesitzer zu einer gemeinsamen Konferenz zu gern nach Berlin berufen. Es handelte sich um eine Festlegung der Ueberschichten, Besprechungen über eine bessere Ernährung, sowie um die Erhöhung der Lohnzuschläge. Das Ergebnis der Berliner Konferenz soll als Unterlage für eine gemeinsame Beratung der Arbeiterorganisationen im Ruhrkohlenbergbau dienen. Die Bergarbeiter forderten u. a. die Einführung eines billigen Vororttarifes im Ruhrgebiet, außerdem eine durchgreifende Erneuerung des technischen Betriebswesens in den Zechen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu vermeiden.

Am Nachmittage wurde die Konferenz in Gegenwart der Vertreter der Arbeiterorganisationen der Kriegesgesellschaften, der Genossenschaften und der Städtevereinigungen fortgesetzt. Zur Verhandlung stand in erster Linie die Ernährungsfrage. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten für den Industriebezirk eine Reichbelieferung an Brot und Mehl. Es wurde auch der Wunsch geäußert, verschiedene Sorten Mehl zu erhalten, um den insofern des schlechten Brotes erkrankten Bergarbeitern auch Weichbrot liefern zu können. Weiterhin wurde die ständige Belieferung mit Margarine bemängelt und statt dessen Butter gefordert. An Stelle des Gefrierfleisches und der Konserven soll, soweit dies möglich ist, Frischfleisch treten. Auch müsse auf eine ausreichende Versorgung mit Kartoffeln, mit deren Lieferung es in letzter Zeit besonders schlecht bestellt war, hingewirkt werden. Weiter wurde eine bessere Organisation der Lebensmittel- und Mehlversorgung verlangt. Besonders soll auf die Belieferung der Genossenschaftsbäckereien Rücksicht genommen werden.

In der Aussprache betonten sämtliche Redner, daß die Einhaltung des Kohlenabkommens durchaus abhängig sei von einer ausreichenden Belieferung der Bergarbeiter mit Brot und Mehl. Gegenwärtig seien die Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiter im Ruhr-Rheinland besonders traurig. In einigen Orten gebe es überhaupt kein Brot, an anderen nur ein kaum genießbares Gemisch von Brot aus Ersatzstoffen. Die Forderung der Ruhrarbeiter sei: Erst Brot, dann Kohle!

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen schlossen sich auch die Vertreter des ober-schlesischen und des mitteldeutschen Kohlenreviers den Forderungen der Bergarbeiter von Rheinland und Westfalen auf bessere Lebensmittelbelieferung an. Insbesondere wurde Insistenz verlangt über die Frage, welche Lebensmittel zur Verteilung gelangen, wie diese erworben werden und wer sie verteilen solle. Als von Regierungsseite darauf hingewiesen wurde, daß diese ganze Besprechung nur einen informativen Charakter haben solle, damit die Ernährungsstellen sich über die Wünsche der Bevölkerung in den Industriebezirken unterrichten können, wurde von den Arbeitervertretern mit großer Entschiedenheit

betont, daß man unbedingt zu einem Ergebnis der Lebensmittelfrage kommen müsse, damit die Vertreter der Arbeiterorganisationen in der Lage wären, den Bergarbeitern der Kohlenreviere auf den am kommenden Sonntag stattfindenden Bergarbeiterkonferenzen über das bei den Verhandlungen Erreichte Bericht zu erstatten. Wenn die Delegierten am Sonntag mit leeren Händen vor den Bergarbeitern erschienen, so würde dies zweifelsohne große Beunruhigung unter der Arbeiterschaft hervorrufen.

## Die Mittel zur Steigerung der Kohlenförderung

1. Es ist rund eine Million Tonnen Mehrförderung gegenüber der Maisförderung erforderlich, wenn trotz der bevorstehenden Milderung an die Entente unsere deutsche Wirtschaft auch nur in ihrem heutigen Bestande anfrachterhalten bleiben soll. 2. Die Braunkohle kann und soll früher herangezogen werden, dazu ist erforderlich, daß die Transportverhältnisse für Braunkohle auf lange Sicht gedeckelt werden, daß die in Betracht kommenden Abnehmer sich auf die Benutzung der Braunkohlen einstellen und daß die notwendigen maschinellen Vervollkommnungen ausgeführt werden. 3. Zunächst ist eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Angriff zu nehmen. 4. Das bestehende Ueberschichtstaxi mussen soll nicht gekündigt werden, etwaige Differenzen sollen in baldigen Verhandlungen geklärt werden. 5. Es empfiehlt sich, daß zunächst die beiderseitigen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine Prüfung darüber eintreten, welche Maßnahmen zur Erzielung der Mehrförderung zu ergreifen sind. 6. Sodann sollen gemeinsame Beratungen innerhalb der einzelnen Bergreviere stattfinden, die durch das Reichsarbeitsministerium einzuleiten sind. 7. Jeglicher Verzögerung von Kohlen ist mit größtem Nachdruck entgegen zu wirken.

## Der Fuchs im Eisen

Zu den Ausführungen des Staatssekretärs Heinrich Schulz über seine Tätigkeit in den Kapptagen, wird uns noch geschrieben:

Herr Schulz macht gar nicht den ernsthaftesten Versuch, die gegen ihn erhobenen Angriffe zu widerlegen, weil das ja auch tatsächlich nicht möglich ist. Er bemüht sich darauf, daß über die Zusammenkünfte des Reichstages und der Unterstaatssekretäre ein amtliches Protokoll nicht geführt worden ist und das aus, weshalb lediglich „Tagebuchnotizen“ oder „Beisitznotizen“ zur Verfügung stehen könnten. So lächerlich, wie Herr Schulz es darstellen möchte, ist nun unser Material nicht, sondern der in unsere Hände befindliche, außerordentlich sorgfältig gehaltene Bericht umfasst vierzig eng beschriebene Schreibmaschinenseiten, worin die Ausführungen jedes Redners sinngemäß niedergeschrieben sind. Wir gehen wohl nicht







# Eine Botschaft Kropotkins

Herr Peter Kropotkin, den man als Idealisten bezeichnen kann, hat durch Vermittlung von Marjareth Bondfeld, einem Mitglied der britischen Arbeiterdelegation für Rußland, die folgende Botschaft an die britischen Arbeiter geschickt. Die Aufstellungen Kropotkins werden in wesentlichen Punkten von den meisten abweichend sein, man kann seine Meinungen über die Sozialregierung, über die Grundzüge eines sozialistischen Aufbaues und über die Einwirkung der zentralen Organisationen an der Vermittlung des Sozialismus nicht teilen können. Sie sind individuell-anarchistischer Natur und haben mit sozialistischen Grundzügen nichts zu tun. Trotzdem Kropotkin die Totart der Sozialregierung kritisiert, lehnt er ausdrücklich die Zweiparteienspolitik der Entente ab.

Man fragte mich, ob ich den Arbeitern der westlichen Welt nicht irgendeine Botschaft zu senden hätte? Sicherlich ist Vieles über die augenblicklichen Ereignisse in Rußland zu sagen und Vieles aus ihnen zu lernen. Die Botschaft könnte eine sehr ausführliche sein, doch will ich nur einige hauptsächlichste Punkte ausführen:

Vor allen Dingen sollten die Arbeiter der zivilisierten Länder und deren Freunde der anderen Gesellschaftsklassen auf ihre Regierungen dahinwirken, daß diese gänzlich von dem Gedanken eines bewaffneten Eingreifens in russische Angelegenheiten absehen, sei es ein Eingreifen eigener oder verkappter Art, ein militärisches oder in der Form von Unterstützungen durch verschiedene Nationen.

Rußland durchlebt jetzt eine Revolution von der gleichen Wichtigkeit und Tragweite wie sie von 1639 bis 1648 die Britische Nation und Frankreich von 1789 bis 1794 durchgemacht haben; und jede dieser Nationen mußte sich weigern, eine so beschämende Rolle wie Großbritannien, Preußen und Oesterreich zur Zeit der französischen Revolution zu spielen.

Überdies muß berücksichtigt werden, daß die russische Revolution — indem sie versucht, eine Gesellschaft zu bilden, in der alle Produkte aus Arbeit, Technik und Wissenschaft dem Allgemeinwohl zugute kommen sollen — nicht nur durch einen bloßen Zufall im Kampf der verschiedenen Parteien entstanden ist. Sie ist fast ein Jahrhundert lang, seit dem Tode Robert Owens, St. Simons und Fourier's durch kommunistische und sozialistische Propaganda vorbereitet worden; und obgleich der Versuch, die neue Gesellschaftsform durch die Diktatur einzuführen, scheinbar ein Mißgriff ist, muß trotzdem anerkannt werden, daß die Revolution schon jetzt das nächste Leben neue Begriffe über die Arbeit, die wirtschaftliche Stellung des Staats und die Pflichten jedes Bürgers eingeführt hat.

Überhaupt sollten nicht nur die Arbeiter, sondern alle fortschrittlichen Elemente der zivilisierten Nationen versuchen, die Unterstützung, die bisher den Gegnern der Revolution zuteil wurde, zu verhindern. Das heißt nicht etwa, als wäre nichts gegen die Mißgriffe der bolschewistischen Regierung einzuwenden; weit davon entfernt! Aber weil jedes bewußte Eingreifen einer ausländischen Macht eine Verstärkung der diktatorischen Tendenzen der Regierenden verursacht und die Bestrebungen jener Kräfte schwächt, die unabhängig von der Regierung bereit sind, Rußland beim Wiederaufbau seines Lebens nach neuen Grundzügen zu helfen.

Die Uebel, die natürlicherweise eine Parteidiktatur mit sich bringt, sind durch den Kriegszustand, in dem die Partei sich befindet, vermehrt worden. Der Kriegszustand entschuldigend das Erhalten der diktatorischen Methoden der Partei sowohl, als auch deren Tendenz, alle Einzelheiten des Lebens in den Händen der Regierung zu zentralisieren, mit dem Erfolg, daß ungeheure Kräfte innerhalb der Nation zum Stillstand gebracht wurden. Die natürlichen Uebel des sozialistischen Kommunismus sind vergrößert durch die Entschuldigung, daß alles Unglück unglückseliges Lebens der Intervention Fremder zu verdanken ist.

Außerdem will ich erwähnen, daß eine militärische Intervention der Alliierten, sofern diese fortgesetzt wird, unbedingt in Rußland ein bitteres Gefühl gegen die westlichen Nationen hervorrufen wird und daraus werden ihre Feinde eines Tages bei Konflikten Nutzen ziehen. Eine solche Bitterkeit ist schon jetzt im Entstehen. Kurzum, es ist höchste Zeit, daß die westeuropäischen Nationen in direkte Beziehungen zu Rußland treten. Und hierin habt ihr, ihr Arbeiter und ihr Fortschrittler aller Nationen, auch mitzureden.

Noch ein Wort über allgemeine Fragen. Eine Erneuerung der Beziehungen zwischen den europäischen und amerikanischen Nationen und Rußland bedeutet natürlich nicht eine Vorherrschaft der russischen Nation über jene Nationalitäten, die das ehemalige zaristische Reich bildeten. Das imperialistische Rußland ist tot und wird nie wieder auferstehen. Die Zukunft der verschiedenen Provinzen, aus denen sich das Reich zusammensetzte, liegt in der Richtung auf eine große Föderation. Die natürlichen Territorien der verschiedenen Teile der Föderation sind denen unter uns genau bekannt, die mit der Geschichte Rußlands, seiner Ethnographie und seiner Wirtschaftslage vertraut sind. Und alle Versuche, die sich selbst verwaltenden Teile Rußlands — Litauen, Finnland, die baltischen Provinzen, die Ukraine, Georgien, Armenien, Sibirien — unter eine Herrschaft zu bringen, werden sicherlich mißlingen. Die Zukunft des ehemaligen russischen Reichs liegt im Verhältnis der gegenseitig unabhängigen Gebiete. Es liegt daher

im Interesse der Allgemeinheit, wenn die westlichen Nationen bereits im voraus das Recht der Selbstregierung jeden einzelnen Gebietes des ehemaligen russischen Reichs anerkennen.

Meine eigenen Anschauungen über diese Sache gehen noch weiter. Ich sehe die Zeit nahezukommen, wo jedes Gebiet jeder Föderation eine Föderation freier Gemeinden und freier Städte sein wird. Und ich glaube doch, daß ein Teil des westlichen Europas bald dieser Entwicklung folgen wird.

Was nun unsere gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage anbetrifft — die russische Revolution muß als eine Fortsetzung der beiden großen Revolutionen in England und Frankreich betrachtet werden — so verläßt Rußland, dort einen Schritt weiter zu gehen, wo Frankreich stehen blieb, als es im Leben verwirklichen wollte, das es die wahre Gleichheit (egalité de fait) nannte, nämlich die wirtschaftliche Gleichheit.

Ungefährerweise ist der Versuch, jenen Schritt zu unternehmen, in Rußland unter der streng zentralisierten Diktatur einer Partei — den sozialdemokratischen Maximilianen — unternommen worden; und der Versuch wurde nach den Richtlinien der äußersten zentralistischen und jacobinischen Verwirrung Sabanis unternommen. Meiner diesen Versuch fühle ich mich verpflichtet, ihnen offen zu sagen, daß meiner Meinung nach, der Versuch, eine kommunistische Republik gemäß den Richtlinien eines streng zentralisierten Staatskommunismus unter der eisernen Herrschaft der Diktatur einer Partei aufzubauen, ohne Erfolg enden wird. Aus den russischen Verhältnissen lernen wir, wie der Kommunismus nicht eingeführt werden sollte, obgleich die durch das alte Regime verurteilte Bevölkerung bei dem Experiment der neuen Regierung keinen aktiven Widerstand leistete.

Die Idee der Sowjets, das heißt der Arbeiter- und Bauernräte, wurde zuerst während der Revolution von 1905 ausgesprochen und sofort, als das Zarregime zusammenbrach, durch die Revolution im Februar 1917 verwirklicht. Die Idee solcher Räte, die das politische und wirtschaftliche Leben des Landes kontrollieren, ist außerordentlich bedeutungsvoll. Um so mehr, als sie naturgemäß dahin führt, daß an ihr, der Idee der Räte, alle diejenigen wahren Anteil nehmen, die ihre volle Kraft für das nationale Wohl einbringen.

Doch so lange das Land von der Diktatur einer Partei beherrscht wird, verlieren die Arbeiter- und Bauernräte augenblicklich ihre Bedeutung. Sie sind dazu herabgemüßigt, die passive Rolle zu spielen, die sie in den Zeiten der „Generalstaaten“ und der Parlamente spielen mußten, die vom König zusammenberufen wurden und der Allmacht der königlichen Regierung opponieren durften. Ein Arbeiterrat hört auf, ein freier und wertvoller Ratgeber zu sein, sobald nicht Pressefreiheit im Lande herrscht, wie wir es jetzt fast zwei Jahren durchgemacht haben; — eine Entschuldigung für einen solchen Zustand war der Krieg. Mehr als das. Die Arbeiter- und Bauernräte verlieren allen ihren Einfluß, wenn nicht umfangreiche Agitation den Wahlen vorangeht, wenn die Wahlen unter dem Druck der Parteidiktatur vor sich gehen. Raschlich ist die übliche Entschuldigung, daß eine diktatorische Herrschaft als Kompromittiert gegen die alte Regierung unermesslich war. Jedoch eine diktatorische Räte-Regierung bedeutet einen Schritt zurück, sobald die Revolution zur Errichtung einer neuen Gesellschaft auf neuer wirtschaftlicher Basis fortschreitet; sie wird zum toten Prinzip auf einer neuen Grundlage.

Die Wege, die zur Ueberwindung einer bereits geschwächten Regierung führen, sind aus der alten und neuen Geschichte wohl bekannt. Doch wenn ganz neue Lebensbedingungen geschaffen werden sollen, besonders neue Formen der Produktion und des Austausches, ohne einem Beispiel folgen zu können, — wenn alles gleich auf der Stelle geleistet werden muß, dann wird eine mächtige zentralisierte Regierung, die es sich zur Aufgabe macht, jeden Einwohner mit jedem Lampenplünder und jedem Streichholz zum Anzünden der Lampe zu versehen, sich absolut unfähig erweisen, das durch ihre Funktionäre zu tun, — ganz abgesehen davon, wie zahlreich sie auch sein mögen, es wird unüberschaubar. Sie entwickelt sich zu einem förmlichen Bürokratiensystem, das im Vergleich mit der französischen Bürokratie, die eine Intervention von 10 Funktionären benötigt, um einen vom Sturm auf einer Nationalstraße gefällten Baum zu verlaufen, noch eine Kleinigkeit ist. So etwas haben wir jetzt in Rußland. Und das Wundt und müßt ihr, ihr Arbeiter des Westens, unter allen Umständen vermeiden, wenn euch an dem Erfolg eines sozialen Aufbaues gelegen ist und die ihr eure Delegierten hierher geschickt habt, um zu sehen, wie die Revolution in Wirklichkeit ist.

Die ungeheure Aufbaubarbeit, die eine soziale Revolution erfordert, kann durch eine zentrale Regierung nicht reiflos ausgeführt werden, selbst wenn ihr als Führer für ihr Werk wertvolle Dinge zur Verfügung stehen als einige sozialistische und anarchistische Schriften. Sie erfordert das Wissen, die geistige Arbeit und die willige Zusammenarbeit einer Masse brillanter und spezialistischer Kräfte, die allein mit der Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Probleme in ihrem britischen Umkreis kämpfen können. Diese Zusammenarbeit hinwegzusetzen und das Vertrauen auf den Genius der Parteidiktatoren zu verlegen, den unabhängigen Kern zu zerstreuen, wie sie in den Gewerkschaften und in örtlichen Konsumgenossenschaften sich finden — indem man sie in bürokratischer Organe der Partei verwanbelt —, das ist das, was jetzt geschieht.

Doch das ist nicht der Weg, die Revolution weiterzuführen; das ist der Weg, ihre Verwirklichung unmöglich zu machen. Und daher betrachte ich es als meine Pflicht, euch vor diesen Grundzügen für die Aktion ernstlich zu warnen.

Imperialistische Eroberer aller Nationalitäten mögen wünschen, daß die Bevölkerung des zaristischen Rußlands solange als möglich in elenden wirtschaftlichen Verhältnissen leben sollte, und dazu verdammt zu sein, das westliche und Mitteleuropa mit Rohstoffen zu versehen, während die Fabrikanten des Westens die Fertigmare produzieren und all den Nutzen einstreichen, den die russische Bevölkerung für ihre Leistung erhalten müßte. Aber die Arbeiterklassen Europas und Amerikas sowie der intellektuelle Kern dieser Länder begreifen sicherlich, daß sie nur mittels einer Eroberung Rußlands diesen unerbötlichen Zustand erhalten können. Gleichzeitig zeigen die Sympathien, die man unserer Revolution von ganz Europa und Amerika her bezugte, daß ihr glücklicherweise Rußland als ein neues Glied der Internationalen Gemeinschaft der Nationen zu begrüßen. Und bald werdet ihr leben, daß es im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt liegt, daß Rußland aus den Verhältnissen baldmöglichst herauskommt, die seine Entwicklung hemmen.

Noch ein paar Worte. Der letzte Krieg hat neue Lebensbedingungen für die zivilisierte Welt geschaffen. Der Sozialismus wird einen ganz bedeutenden Aufschwung erfahren, und neue Formen eines unabhängigen Lebens werden sicherlich bald gemäß den Richtlinien sozialistischer Unabhängigkeit und seine Ziele bei der sozialen Wiederherstellung erreicht werden; entweder auf friedlichem Wege oder durch revolutionäre Mittel, wenn die intelligenteren Kreise der zivilisierten Nationen sich nicht an der Arbeit des unausbleiblichen Wiederaufbaues beteiligen.

Aber der Erfolg des Wiederaufbaues hängt zum größten Teil von der Möglichkeit einer Mitarbeit der verschiedenen Nationen ab. Denn diese Gemeinschaft der arbeitenden Klassen aller Nationen muß fest zusammenhalten und zu diesem Zweck muß die Idee der großen Internationale aller Arbeiter der Welt erneuert werden. Nicht in der Form einer Vereinigung, die von einer einzelnen Partei geführt wird, wie es bei der zweiten Internationale der Fall war, und wie es wieder in der dritten Internationale der Fall ist. Solche Vereinigungen haben natürlich volle Voreinsberechtigung; aber außer ihnen muß, sie alle zusammenfassend, eine Vereinigung aller Arbeiterorganisationen der Welt entstehen, vereinigt zu diesem Zweck, die Arbeit der ganzen Welt von der gegenwärtigen Beschlagnahme durch das Kapital zu befreien.

## Gewerkschaftliches

### Streik im Lebensmittelhandel aufgehoben!

Am 22. Juli fanden vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden statt. Bei dieser Besprechung wurden nochmals eingehend die Gehaltsfrage besprochen und nach 4 stündiger Beratung der Vergleich abgeschlossen. Die streikenden Angestellten hatten um 8 Uhr in den Sophienböden eine Versammlung, welche äußerst kurz besetzt war. Andrej gab den Situationsbericht von den Verhandlungen und empfahl die Annahme dieses Vergleiches, umso mehr die Sache unwesentlich nur verändert worden sind. Nach eingehender Debatte wurde dann dieser Vergleich einstimmig angenommen.

### Zum Streik der Fensterputzer

Die streikenden Fensterputzer wenden sich noch einmal an die organisierte Arbeiterschaft Berlins mit dem Ersuchen, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Es muß von den organisierten Arbeitern mehr darauf geachtet werden, daß die arbeitenden Fensterputzer im Besitz einer Ausweisarte der Zentralstreikleitung sind. Können sie eine solche nicht vorzeigen, so sind sie auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise hinzuweisen.

**Rohrer!** Die Rohrdecken-Fabrikanten haben jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Die Ursache ist wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß neun Zehntel der jetzt beschäftigten Rohrer auf Regie- und Siedlungsbauten beschäftigt sind und ausschließlich in Lohn arbeiten. Die Rohrdeckenfabrikanten dagegen lehnen jede Lohnarbeit ab, angeblich, weil sie keine Kontrolle hätten, und weil der Profit darunter leiden könnte. Es wird deshalb über folgende Firmen die Sperre verhängt: Wilhelm Stahl, Pantow, Wollanitz, 67, Kruenel, Joh. K. Arndt, Siedende, Friedenauer Str. 3, Aug. Schröder, Schreiner Str. 16, Deutscher Bauarbeiterverband, Sektionsleitung der Rohrer.

## Zeichnet Anteilscheine!

Wie niedergeschmettert fühle ich da, als hätte mich jemand soeben mit der Peitsche geschlagen; ich ziehe den Kopf ein, ohne daß ich wage, die Hand zu erheben und mich zu verteidigen. Sie hat ja recht, so habe ich geschrieben, ich erinnere mich. Die eigene Tochter tut das, was ich sie gelehrt habe, was ist denn dabei? Entweder betrachte ich jetzt das Leben anders, oder ich schrieb damals die Unwahrheit? Oder vielleicht dachte ich beim Schreiben nicht an Klusia? Ich dachte wohl nur an die Töchter der anderen, als ich das schrieb und vergaß meine eigene? Und nun rächt sich das Leben an mir.

Immer häufiger kommt mir der Gedanke in den Sinn, aber entschuldige ich ihn von mir und denke: es ist unmöglich! — Früher, als ich Klusia umarmte, küßte, sie an meine Wangen drückte, küßte ich, als sie klein war, den Geruch der Milch, später, als sie größer wurde, spürte ich den Geruch jugendlicher Unschuld und Frische, ja eben der körperlichen Unschuld und Reinheit. Es mag komisch erscheinen, aber es war gerade so, dieser Geruch, dieses Gefühl, erfüllten mich ganz mit einer entzückten Ehrfurcht vor ihr. Ich küßte, daß ich selbst durch die Berührung mit dieser naiven, kindlichen Reinheit reiner, feuchter wurde.

Wie sonderbar es auch scheinen mag, ich finde bei ihr nicht mehr dieses Gefühl jugendlicher Reinheit, ich empfinde nicht diesen spezifischen Geruch der Keuschheit, der den Unschuldigen eigen ist. Wenn sie zu mir herantritt, so merke ich instinktiv, daß neben mir schon eine Frau steht, eine Frau, die den Schmutz des Lebens schon kennen gelernt hat. Forschend blicke ich in ihr Gesicht, betrachte ihre ausgebildeten Brüste und möchte erraten, ob sie geliebt hat, ob sie sich jemandem hingegeben hat?

Häufig, wenn ich daran denke, daß vielleicht jemand sie umarmt, geküßt, sie besessen hat, schwindelt mir der Kopf, der Atem stockt mir, und lange kann ich nicht zu mir kommen. Ich begreife nicht, wieso das kommen kann, sie ist ja schon ein erwachsener Mensch, sie kann und muß ihr eigenes Leben führen! Sollte es väterliche Eifersucht sein?

(Fortsetzung folgt.)

# Die schwere Stunde

Roman von Victor Panin

Ihr Verhältnis zur Mutter ist ganz offensichtlich ein feindseliges. Es kommt vor, daß ich durch die halbgeöffneten Türen höre, wie sie stundenlang miteinander streiten, und dann den ganzen Tag verstimmt sind. Ich will mich aber in ihr Verhältnis nicht einmischen. Oft kommen junge Leute zu Klusia zu Besuch; sie sitzen stundenlang in ihrem Zimmer. Ich einmal fragte, wer diese jungen Leute seien, antwortete Klusia ungeduldig, und sogar in etwas ärgerlichem Tone:

„Ach, Papa, gibt es denn wenig Menschen?“ dabei verjog sie das Gesicht zu einer Grimasse, als wollte sie sagen: Ist das eine dumme Frage!

Klausechen will ich nicht, von ferne, mit einem Auge beobachten; ich möchte erfahren, wovon ihre Seele lebt, womit ihr Leben ausgefüllt ist, wo ihr aufgeregtes Segel hinweht.

Sie ist entzückt von der neuen Ordnung und wenn man vom Bolschewismus redet, so glänzen ihre Augen; von jugendlichem Glauben erfüllt, meint sie in ihrer Gradlinigkeit, das Paradies auf Erden sei schon eingetreten, es bedürfe nur noch einer geringen Anstrengung, eines letzten Stoßes, um alles dieses Widerwärtige, Schmutzige im Leben wegzufegen, — und dann wird der Ausgang des neuen Lebens da sein. Was es auch so sein! Alles dies freut mich sogar. Eine lange Weile ohne Träumereien und Schwärmereien glüht eine Weile ohne Grün. Was mir aber unverständlich ist und mich sogar schmerzhaft berührt, das ist die Tatsache, daß diese ihr liebsten Ideale, ihr brennender Glaube mit wilden ungelohnten Begierden und Leidenschaften vermischt sind.

Immer öfter bittet sie mich dringend, ihr dieses oder jenes Lied zu kaufen. Auf ihrem Tische finde ich bloß die aller-schmutzigsten Boulevard-Romane und die gegenwärtig er-scheinenden, bedäufenden Illustrationen, in denen die nackte,

unverhüllte Ausschweifung mit dem Zynismus einer tierischen Abgestumptheit wetteifert.

Immer häufiger verschwindet sie aus dem Hause, um allerlei Ball- und Abendgesellschaften zu besuchen. Wenn das Gespräch auf das Tanzen kommt, so sehe ich, wie sie vor Ungeduld erbebt. Sie tanzt unaufhörlich bis zur Bewußtlosigkeit. Diese beiden Gegenstände versehen mich in Etappen. Sollte auch das Kriegssphäse sein?

Einst fragte ich sie:

„Klusia, glaubst du, daß man das neue Leben bauen muß?“

„Aber gewiß doch, Papachen!“

„Wenn aber alle tanzen und sich amüsieren werden, wer wird denn dann das Bauen übernehmen?“

„Ach, Väterchen, man kann ja schließlich auch nicht immer bloß arbeiten! Das Leben ist kurz, man muß vom Leben eben alles nehmen, was es bietet. Du hast es ja selbst geschrieben, in deinem Buche: „Das Leben“. Ich erinnere mich ja ganz genau, wie du da schreibst: „... Besonderen Schönheit, weder der Glanz deiner Augen, noch die Harmonie deiner Linie und die herrliche Schönheit deines Antlitzes werden dir helfen, dem Tode zu entgehen, trotz allem wirst du den Bürgern verfallen. Weshalb denn gramst du dich dann? So küsse dich ins volle Leben, trinke den Reiz des Genusses bis auf den Grund und wisse, daß das Leben nicht mehr wiederkommt.“ Siehst du, Papachen, ich kann es sogar auswendig! Ich liebe dich doch, ich tue ja das, was du geschrieben hast! Weist du wohl, jetzt ist ja die ganze Jugend ganz begeistert von dir. Alle Liebesjungen aus deinen Bägern können sie auswendig, wie sind sie doch alle wundervoll! ... Viele beneiden mich, daß ich deine Tochter bin. Und weißt du, Papachen, viele glauben, ha-ha-ha! daß du nicht wie die gewöhnlichen Menschen lebst, sondern ein ganz Besonderer, ein Ariele, daß dein Kopf hundert Pfüd wiegen müsse! Wie richtig, ich lade mich dabei halbtot! Und mein Papachen ist doch genau so, wie die anderen Menschen!“

Sie nähert sich mir, und hinter meinem Sessel stehend, nimmt sie mich fest um den Hals, küßt mich auf die Stirne und verläßt das Zimmer.



